

Antrag

der Abg. Klubobmann Dr. Schöppl, Költringer, Dipl.sc.pol.Univ. Maier, BA und Auer betreffend die Umsatzsteuerrückvergütung für die Feuerwehr

Die Freiwillige Feuerwehr gehört zu den tragenden Säulen unseres Zusammenlebens. Wenn Menschen bei Bränden, Verkehrsunfällen, Naturkatastrophen oder anderen Notlagen Hilfe brauchen, sind es oft die Feuerwehrkameradinnen und Feuerwehrkameraden, die als Erste zur Stelle sind. Sie helfen schnell, verlässlich und mit großem persönlichen Einsatz. Und sie tun das in den allermeisten Fällen ehrenamtlich, also unbezahlt und in ihrer Freizeit. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Dienst an der Gemeinschaft, der höchsten Respekt verdient.

Damit die Feuerwehren diese verantwortungsvolle Aufgabe auch in Zukunft sicher und professionell erfüllen können, braucht es moderne Fahrzeuge, zeitgemäße Geräte, verlässliche Schutzausrüstung und laufende Investitionen in Ausbildung und Einsatzbereitschaft. All das dient unmittelbar dem Schutz der Bevölkerung, ist aber naturgemäß mit erheblichen Kosten verbunden. Finanziert werden diese Anschaffungen häufig durch Spenden, Einnahmen aus Feuerwehrfesten, viel Eigenleistung sowie durch Mittel der Gemeinden. Gerade deshalb ist es schwer nachvollziehbar, dass auf diese einsatznotwendigen Anschaffungen zusätzlich Umsatzsteuer anfällt. Ein Teil jener Mittel, die mühsam gesammelt oder aus öffentlichen Budgets bereitgestellt werden, fließt damit wieder an den Staat zurück und fehlt am Ende dort, wo er dringend gebraucht wird, nämlich bei Ausrüstung, Fahrzeugen und Geräten für Einsätze und Übungen.

Es ist daher an der Zeit, den Feuerwehren nicht nur Dank und Anerkennung auszusprechen, sondern sie auch konkret zu entlasten. Eine Umsatzsteuerrückerstattung für einsatzbezogene Anschaffungen wäre ein fairer und sinnvoller Schritt, um das Ehrenamt zu stärken, die Gemeinden zu entlasten und die Sicherheit der Bevölkerung nachhaltig zu unterstützen.

In diesen Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, bundesgesetzliche Grundlagen zu schaffen, die es allen Freiwilligen Feuerwehren in Österreich ermöglicht, die von ihnen getragene Umsatzsteuerbeträge für einsatzrelevante Ausgaben rückerstattet zu bekommen.

BE: Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier, BA

Dieser Antrag wird dem Verfassungs- und Verwaltungsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 8. Juli 2026

Dr. Schöppl eh.

Egger eh.

Dipl.sc.pol.Univ. Maier, BA
eh.

Auer eh.